

Grundeinkommen als Richtungsforderung: Öllinger zum Trotz

Christof Lammer, 01.12.2016

Die Grüne Bildungswerkstatt startete im November 2016 eine Debatte zum Bedingungslosen Grundeinkommen. Der grüne Nationalrat Karl Öllinger verlautbarte trotzig, dass er sich nach wie vor wacker gegen das Bedingungslose Grundeinkommen stellen würde [1]. Das sei notwendig, weil die Befürworter*innen die Realität ignorieren würden. Politisch sei das Grundeinkommen nicht durchsetzbar und ökonomisch unfinanzierbar. Es könne derzeit nicht in existenz- und teilhabesichernder Höhe eingeführt werden, ohne dass Migrant*innen ausgeschlossen und bestehende Sozialleistungen abgebaut würden. Öllingers Argumentation missversteht das Grundeinkommen damit als tagespolitische Forderung. Er übersieht so die potentielle Stärke des Bedingungslosen Grundeinkommen als Richtungsforderung. Denn den Grünen fehlt derzeit, wie der Sozialdemokratie, ein einfaches und konkretes Versprechen für eine bessere Zukunft. Doch interessanterweise verwendet Öllinger das gegenwärtige Scheitern als Argument gegen das Grundeinkommen. Dabei könnte das Bedingungslose Grundeinkommen mit den vier Kriterien – allgemein, bedingungslos, personenbezogen und in existenz- und teilhabesichernder Höhe – die ermutigende Richtungsforderung sein, die derzeit fehlt. Tatsächlich liefert Öllinger keine Argumente, die das Grundeinkommen als sinnvolle Richtungsforderung in Frage stellen würden. Die Einwände von Öllinger sind aber nicht nebensächlich und verdienen in der Grundeinkommensdebatte mehr Aufmerksamkeit. Wollen wir ein Bedingungsloses Grundeinkommen sofort und um jeden Preis? Und kann das Grundeinkommen in einem Land eingeführt werden? Diese Fragen verlangen möglichst konkrete Antworten. Es muss uns als Befürworter*innen gelingen, immer wieder schlüssige Erzählungen zu formulieren, die Richtungsforderung und Tagespolitik überzeugend zusammenbringen.

Grundsätzlich unfinanzierbar?

Karl Öllinger hebt zunächst positiv hervor, dass das Grundeinkommen Knöpfe im Kopf lösen könne. Es würde die Beschränkungen und Zwänge kapitalistischer Gesellschaftsformationen sichtbar machen. Doch kurz bevor er das Bedingungslose Grundeinkommen als sinnvolle Richtungsforderung akzeptiert, bleibt er stehen und holt den warnenden Zeigefinger hervor. Ein Blick auf die Zahlen würde klarmachen, dass das Grundeinkommen unfinanzierbar und daher heute als tagespolitische Forderung untauglich sei. Ein Grundeinkommen in Schweizer Höhe (mehr als 2.200 Euro) sei in Österreich unfinanzierbar. Das würde nämlich eine Umverteilung von zwei Drittel des BIP erfordern. Es ist unumstritten, dass ein Grundeinkommen ab einer bestimmten Höhe selbst rechnerisch unmöglich wird. Ebenso ist unumstritten, dass ein Grundeinkommen unter einer bestimmten Höhe nicht für ein Leben in Würde reicht. Öllinger ist jedoch entgegenzuhalten, dass es dazwischen durchaus einen umkämpften Spielraum gibt. Es ist der Spielraum zwischen einem Grundeinkommen, das für die Menschen zu niedrig wäre, und einem, das für den Kapitalismus zu hoch wäre. Dieser Spielraum lässt sich nicht durch immer bessere Modelle vorhersagen, sondern nur durch eine schrittweise Einführung und umsichtige Annäherung an das Grundeinkommen erproben. Um die Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens grundsätzlich in Frage stellen zu können, müsste Öllinger nicht auf Zahlen zeigen. Er müsste viel mehr argumentieren können, warum folgendes Prinzip nicht zutreffen sollte: „Jede Gesellschaft, die genügend Grundbedarfsmittel für alle ihre Mitglieder zur Verfügung stellen kann, kann sich ein Grundeinkommen leisten.“ [2] Diese grundsätzliche Perspektive untermauert die

Richtungsforderung Grundeinkommen als potentiell realistisch. Die tagespolitische Frage, wie ein Grundeinkommen in einem bestimmten Gemeinwesen zu einer bestimmten Zeit finanziert werden kann, ist damit selbstverständlich noch nicht beantwortet.

Ein leeres Versprechen?

Karl Öllinger behauptet, dass das Grundeinkommen das Versprechen auf emanzipatorische Veränderung nicht einlösen könne. Dieser Einwand wäre gewichtig und müsste von Befürworter*innen des Grundeinkommens ernst genommen werden. Doch Öllinger bringt im gesamten Text keine Argumente, um diese Behauptung zu untermauern. Stattdessen begnügt er sich mit einem rhetorischen Kniff. Er beruft sich auf ein Zitat von einem berühmten Wissenschaftler. Einfache Antworten auf komplexe Probleme wären immer die falschen. Tatsächlich hat Umberto Eco diese Worte einer seiner Romanfiguren in den Mund gelegt. In der Textstelle geht es um Verschwörungstheorien, darum eigene Fehler anderen zuzuschreiben und um Diktaturen, die immer einen äußeren Feind brauchen, um ihre Anhänger um sich zu scharen [3]. Öllinger münzt das aufs Grundeinkommen um: Eine einfache Forderung wie das Grundeinkommen, würde komplexe Probleme nicht lösen können. Doch ohne substantielles Argument, bleibt das selbst eine leere Kritik, eine Scheinantwort, die sich als besonders umsichtig inszeniert.

Vielfalt vereinende Einfachheit in einer komplexen Welt

Sehen wir uns die Frage der Einfachheit des Grundeinkommens dennoch genauer an. Es mag sein, dass das Grundeinkommen von manchen als einfaches Heilsversprechen verkauft wird. Als solches passt es gut zu Verschwörungstheorien und bringt wie diese psychische Erleichterung, ohne politisch handlungsfähig zu machen. Doch viele Befürworter*innen betonen, dass das Grundeinkommen nicht die Lösung, sondern nur ein Teil der Lösung sei [4]. Es ist außerdem zu unterscheiden zwischen der Einfachheit der Forderung einerseits und dem komplexen Prozess der Durch- und Umsetzung andererseits. Die Richtungsforderung nach dem Grundeinkommen ist so einfach und klar wie kaum eine andere emanzipatorische Forderung, betont Karl Reitter in seiner gelungenen Einführung zum Thema [5]. Wichtig ist dabei, dass die Grundeinkommensforderung in einem spezifischen Sinn einfach ist. Die Einfachheit liegt in der Bedingungslosigkeit. Die Forderung nach dem Bedingungslosen Grundeinkommen ignoriert die Komplexität derzeitiger gesellschaftlicher Verhältnisse nicht. Im Gegenteil. Das Grundeinkommen erkennt diese Realität an und baut darauf auf. Produktions- und Arbeitsverhältnisse sind zunehmend globalisiert, flexibilisiert, vereinzelt und entgrenzt. Es fällt daher schwer, Menschen in ihren vielfältigen Lebenssituationen für politische Projekte zu vereinen. Das Grundeinkommen hat das Potenzial, Menschen in ihrer Vielfalt zusammenzubringen. Denn wir können es ausgehend von unterschiedlichsten konkreten Arbeits- und Lebenssituation gemeinsam fordern. Der Vorwurf, dass die Einfachheit des Grundeinkommens gesellschaftliche Komplexität nicht berücksichtigt, trifft also nicht zu.

Scheitern ohne Grundeinkommen als Beweis für das Scheitern des Grundeinkommens?

Öllinger liefert nur einen weiteren Begründungsversuch, warum das Grundeinkommen das Versprechen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderung nicht einlösen könne. Doch wie wir sehen werden, verkehrt diese Begründung nur das Fehlschlagen gegenwärtiger

Strategien in ein Scheinargument gegen das Grundeinkommen. Öllinger behauptet zunächst, dass mit dem trojanischen Pferd Grundeinkommen Machtstrukturen nicht überlistet werden könnten. Es bleibt jedoch offen, inwiefern das Grundeinkommen für Öllinger etwas verschleiert. Denn das Grundeinkommen tritt offen gegenwärtigen Tendenzen entgegen, Sozialleistungen an immer mehr Bedingungen zu knüpfen und für bestimmte Gruppen zu kürzen. Wie dem auch sei, Öllinger erinnert uns, dass bereits kleine Macht- und Einkommensverschiebungen zu Gunsten der Ärmere nur durch harte Verteilungskämpfe zu erreichen sind. „Verschenkt wird da gar nichts!“ ruft uns Öllinger zu. Es ist ihm in diesem Fall nicht zu widersprechen. Es wird nicht einfach, das Grundeinkommen politisch durchzusetzen. Öllinger ist auch zuzustimmen, wenn er feststellt, dass es gegenwärtig teilweise Löhne gibt, die nicht zum Leben reichen. Wirr wird das Argument jedoch, wenn dieser Sachverhalt als ein 'Beweis' dafür ins Treffen geführt wird, dass die Forderung nach dem Grundeinkommen nichts Grundlegendes verändern könne. Sehen wir uns diese 'Logik' genauer an. Die Forderung nach dem Grundeinkommen hat sich bisher weder bei den Grünen noch bei der Sozialdemokratie im Parteiprogramm durchgesetzt. Die bisherigen Strategien der im Parlament vertretenen Linken bleiben jedoch erfolglos. Löhne reichen nicht zum Leben und der Sozialstaat kann nicht erfolgreich verteidigt werden. Öllinger führt die gegenwärtige Situation jedoch nicht auf das Versagen bisheriger Strategien zurück. Anstatt diese zu verändern, verwendet er die gegenwärtige Situation als Vorwand gegen eine alternative Strategie, in der das Grundeinkommen die zentrale Richtungsforderung wäre. Öllinger argumentiert also wenig überzeugend, dass das Grundeinkommen sein emanzipatorisches Versprechen nicht einlösen könne, weil mühsame politische Auseinandersetzungen dafür notwendig wären und weil gegenwärtige Strategien, die nicht die Forderung nach dem Grundeinkommen beinhalten, fehlschlagen.

Grundeinkommen als trojanisches Pferd des Neoliberalismus?

Karl Öllinger bringt in seinem Text aber auch wichtige Fragen auf, mit denen sich Befürworter*innen auseinandersetzen sollten. Er zeichnet etwa ein Szenario auf, in dem das Grundeinkommen eingeführt wird, dafür aber bedarfsorientierte und versicherungsbasierte Sozialleistungen gekürzt würden. Das wäre notwendig, wenn das Grundeinkommen sofort eingeführt würde, weil die Staatseinnahmen sonst noch nicht ausreichen würden. Mit diesem Argument wird gewöhnlich von den lohnarbeitsgläubigen Linken das 'Grundeinkommen als trojanisches Pferd des Neoliberalismus' abgetan. Die Befürworter*innen des Grundeinkommens würden unweigerlich dem neoliberalen Sparprogramm das Tor zum Sozialstaat öffnen. Dem sind zwei Argumente entgegenzuhalten: eine Beschwichtigung mit Blick auf die Grundeinkommensbewegung und ein grundlegender Zweifel an der These vom trojanischen Pferd.

Grundeinkommen sofort und um jeden Preis?

Erstens fordert keine Vereinigung in Österreich das Bedingungslose Grundeinkommen mit dem Argument, Sozialkosten sparen zu können. Im Gegenteil, jene, die bei Sozialausgaben sparsam sein wollen, sprechen sich öffentlich vehement gegen das Grundeinkommen aus, etwa neoliberale Denkfabriken wie Agenda Austria. Werfen wir einen Blick auf die organisierte Grundeinkommensbewegung. Es gibt nicht einmal eine Initiative, die das Grundeinkommen gewissermaßen nach dem Motto „sofort und um jeden Preis“ fordert. Lieselotte Wohlgenannt vom Netzwerk Grundeinkommen geht etwa davon aus, dass das

Grundeinkommen bestehende Leistungen nicht oder nur teilweise ersetzen würde, nämlich nur bis zur Höhe des Grundeinkommens. Darüber hinaus würden Ansprüche auf bedarfsorientierte Sozialleistungen oder beitragsbasierte Sozialversicherungsleistungen bestehen bleiben [2]. Die Voraussetzungen für die Einführung des Grundeinkommens müssten zuerst auf der staatlichen Einnahmenseite erkämpft werden. Auch auf europäischer Ebene betonten die Initiator*innen der Europäischen Bürger*innen-Initiative Bedingungsloses Grundeinkommen (2013–2014), dass es den modernen Wohlfahrtsstaat nicht ersetzt, sondern ergänzt und diesen von einem kompensatorischen in ein emanzipatorisches Sozialsystem umgestalten würde [6]. Diese Ausrichtung wurde auch von dem europaweiten Grundeinkommensnetzwerk Unconditional Basic Income Europe (UBIE) übernommen, das sich aus der Bürger*innen-Initiative formierte [7]. Diese Antworten auf die skeptische Frage von Öllinger sollten also beruhigen. Das Grundeinkommen wird zwar vehement als einfache und klare Richtungsforderung vertreten. Aber es wird nicht gefordert, es tagespolitisch ohne Bedacht auf komplexe politische und ökonomische Rahmenbedingungen sofort umzusetzen.

Grundeinkommen als neoliberale Sparmaßnahme?

Mit diesem ersten Gegenargument wird die These vom 'Grundeinkommen als trojanisches Pferd des Neoliberalismus' jedoch unhinterfragt als potentielle Gefahr akzeptiert. Es wird beteuert, dass es solche neoliberalen Grundeinkommensmodelle schon geben mag, dass man selbst aber andere Modelle vertreten würde. Das zweite Gegenargument ist grundlegender, denn die These vom 'Grundeinkommen als trojanisches Pferd des Neoliberalismus' steht selbst auf sehr wackeligen Beinen. In der Politik deutet derzeit nichts in Richtung Bedingungslosigkeit. Ganz im Gegenteil werden Bedingungen und Voraussetzungen für Sozialleistungen verschärft. Außerdem ist äußerst fraglich, ob sich der Staat selbst mit einem extrem niedrigen Grundeinkommen überhaupt Sozialausgaben sparen könnte. Für Österreich errechnet Karl Reitter, dass bei einem Pseudogrundeinkommen von nur 275 Euro monatlich bei gleichzeitiger Abschaffung aller Sozialleistungen und der Auflösung des gesamten Sozialversicherungssystems die Staatsausgaben noch nicht gesenkt werden könnten [8]. Überträgt man das finnische Modell mit den kolportierten 560 Euro monatlich auf Österreich, dann würde dieses partielle Grundeinkommen die staatlichen Sozialausgaben bereits auf etwa 60 Milliarden verdoppeln. Die Erzählung vom Grundeinkommen als neoliberale Sparmaßnahme erscheint daher nicht plausibel. In Öllingers Beispiel mit einem Grundeinkommen von 1.000 Euro hätten sich die sozialstaatlichen Ausgaben im Vergleich zu heute bereits beinahe vervierfacht. In diesem Licht erscheint Öllingers Befürchtung unbegründet, dass das Grundeinkommen den bestehenden Sozialstaat aushöhlen würde. Man muss sich vor Augen führen, welche massive Rückumverteilung von oben nach unten mit einem Grundeinkommen in dieser Höhe bereits erkämpft wäre. Dann stellt sich die Frage, warum es nicht möglich sein sollte, gleichzeitig den Erhalt bedarfsorientierte Sozialleistungen durchzusetzen, die über das Grundeinkommen hinausgehen. Denn diese würden nur einen Bruchteil der Kosten ausmachen.

Grundeinkommen in einem Land?

Karl Öllinger bringt einen weiteren Einwand gegen das Grundeinkommen vor. Sollte das Grundeinkommen in einem Land eingeführt werden, stellt sich die Frage des Zugangs für

Migrant*innen. Die Grundeinkommensbewegung ist zwar zunehmend europa- und auch weltweit durch Unconditional Basic Income Europe (UBIE) und das Basic Income Earth Network (BIEN) vernetzt. Aus antirassistischer Perspektive wird dennoch darauf hingewiesen, dass in der Grundeinkommensdebatte der Fokus zu stark auf dem Nationalstaat liegen würde. Grundlegende globale Machtasymmetrien und strukturell ungleiche Möglichkeiten der Kapitalakkumulation würden ignoriert [9]. Bisher wurde das Grundeinkommen mehr als Richtungsforderung diskutiert, während das Skizzieren von Wegen zum Grundeinkommen erst am Anfang steht [10]. Der Frage der Mobilität von Menschen (Migration), Waren (Handel) und Geld (Auslandsinvestitionen, Steuerflucht) wurde in dieser Hinsicht noch nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Öllingers Einwand des ungeklärten Zugangs stellt das Grundeinkommen als Richtungsforderung nicht in Frage. Aber in der täglichen politischen Auseinandersetzung in Richtung Grundeinkommen handelt es sich bei Zugangsbeschränkungen tatsächlich nicht um eine Detailfrage. Öllingers Kritik ist in diesem Sinne durchaus berechtigt und verlangt von uns Befürworter*innen eine verstärkte Auseinandersetzung mit dieser Thematik.

Ablehnung des Grundeinkommens als Antifaschismus?

Karl Öllingers Grundeinkommenskritik im Zusammenhang mit Migration geht jedoch noch weiter. Zu weit. Er spricht sich grundsätzlich gegen das Grundeinkommen aus, weil die Forderung nach einem Grundeinkommen für alle, also auch für Migrant*innen, für hetzerische Kampagnen instrumentalisiert werden könne. Dieses problematische Verständnis von 'Antifaschismus' kritisierte Robert Misik in einem anderen Zusammenhang als voraussetzenden Gehorsam und Selbstzensur [11]: Bloß nichts sagen, was von den Rechten instrumentalisiert werden könnte. Öllinger argumentiert hier außerdem parallel zur verqueren Logik bezüglich bisherigen Strategien, die bei der Verteidigung von Löhnen und Sozialstaat fehlschlagen. Rassismus und Sozialabbau in Form von unsolidarischen Ausschlüssen vom Sozialstaat passieren schon heute, ohne dass das Grundeinkommen die akzeptierte Richtungsforderung der Linken ist. Wieder versteht Öllinger diese Tendenz nicht als Zeichen, dass die derzeitige tagespolitische Strategie ohne ansprechende Vision eventuell schlecht gewählt ist. Nein, er glaubt im gegenwärtigen Scheitern ein Argument gegen die Richtungsforderung Grundeinkommen zu erkennen.

„In Freiheit tätig sein“ statt „mit uns wird es langsamer schlechter“

Was, wenn sowohl der Aufstieg der Rechten als auch der Aufstieg von religiös begründetem Extremismus genau damit zu tun haben, dass eine alternative klare und positive Vision fehlt? Die FPÖ verkauft derzeit ein „Zurück in die Vergangenheit“ erfolgreich als eine Vision für die Zukunft. Versprochen werden Schutz und Behütetsein in einem einheitlichen Miteinander. In Festzelten im Wahlkampf lässt sich diese vermeintliche Einheit offenbar erfolgreich inszenieren. Doch das Versprechen ist zweifellos unrealistisch, denn Vielfalt und Veränderung sind keine neuen Phänomene, sondern bilden eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Die versprochene Einheit ohne Veränderung hat es nie gegeben und wird es nie geben. Dennoch scheint das blaue Versprechen „Grenzen zu und alles wird wieder so wie es immer war“ zu überzeugen. Das wundert nicht, wenn man bedenkt, welche Erzählungen für die Zukunft andere Parteien anbieten. Erfolglos versuchen ÖVP und SPÖ teilweise die Vision der FPÖ nachzuahmen. Die Grünen und andere Teile der SPÖ versprechen hingegen, trotz Unterschiede im Detail, in etwa dasselbe: „Mit uns wird es langsamer schlechter.“ Das

mag etwas überspitzt formuliert sein. Ohne Frage wird bereits wichtige politische Alltagsarbeit geleistet und manchmal versucht alternative Erzählungen zu formulieren. Eine überzeugende Richtungsforderung, die Sicherheit und Freiheit in einer Welt von Vielfalt und Veränderung garantiert, fehlt jedoch bisher in den Parteiprogrammen. Die Forderung nach einem weltweiten Bedingungslosen Grundeinkommen könnte eine solche Erzählung bieten. Sie verspricht uns allen eine sichere Grundlage für die eigenen Lebensentwürfe, um in Freiheit tätig sein zu können.

Heute den politischen Willen und morgen den Rahmen schaffen

Öllinger argumentiert mit der Unmöglichkeit gegen das Grundeinkommen. Es sei politisch nicht durchsetzbar und ökonomisch unfinanzierbar. Auf der Ebene der Tagespolitik ist ihm nicht zu widersprechen. Heute ist das Grundeinkommen in Österreich politisch nicht durchsetzbar. Selbst wenn das Grundeinkommen morgen politisch in Österreich durchsetzbar wäre, wäre es noch nicht nachhaltig finanzierbar oder müsste mit unsolidarischen Ausschlüssen verbunden werden. In einer Welt, in der Menschen, Waren und Kapital mobil sind, reicht der Nationalstaat als Rahmen für progressive Politik nicht aus. Für die Umsetzung der einfachen Forderung nach dem Grundeinkommen sind komplexe und weitreichende politische Veränderungen als Voraussetzung notwendig.

Von der Notwendigkeit Tagespolitik und Richtungsforderung zu verknüpfen

Das Grundeinkommen ist also heute politisch nicht durchsetzbar und morgen ökonomisch in einem Land nicht ohne weiteres finanzierbar. Es könnte aber übermorgen finanzierbar sein, wenn wir uns heute das Grundeinkommen als Richtungsforderung auf die Fahnen schreiben und die Menschen dafür begeistern, sich mit uns auf den Weg zu machen, um morgen die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Doch eine alleinstehende Richtungsforderung ohne Bezug zur Tagespolitik kann sich nicht durchsetzen. Umgekehrt passiert ohne die Richtungsforderung Grundeinkommen bereits heute das, wovor Öllinger warnt und was er dem Grundeinkommen ankreidet: Sozialabbau, unzureichende Löhne, Hetze gegen 'andere'. Tagespolitik ohne Bezug zu einer Richtungsforderung scheitert also ebenso. Das Grundeinkommen könnte eine wirkmächtige Vision werden, wenn es uns gelingt, Erzählungen zu formulieren, die den Graben zwischen Richtungsforderung und Tagespolitik überzeugend überwinden. Dafür wirft Öllingers Kritik wichtige Fragen auf, die es zu bearbeiten gilt.

* * *

[1] Öllinger, Karl. 2016. Warum ich trotzdem gegen ein Grundeinkommen bin. In: Position: Diskussionsforum der Grünen Bildungswerkstatt NÖ. Andreas Piringer, Hg. S. 7–8.
https://noe.gbw.at/fileadmin/user_upload/gbw_allgemein/6_PDFs/Position_BGE_GBW_Niederosterreich.pdf.

[2] Wohlgenannt, Lieselotte. 2013. Ist ein Grundeinkommen finanzierbar?
<http://www.grundeinkommen.at/index.php/grundeinkommen/ist-grundeinkommen-finanzierbar>.

[3] Eco, Umberto. 1989. Das Foucaultsche Pendel. München: Hanser.

[4] Blaschke, Ronald und Werner Rätz. Hg. 2013. Teil der Lösung: Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Zürich: Rotpunktverlag.

- [5] Reitter, Karl. 2011. Bedingungsloses Grundeinkommen: INTRO. Eine Einführung. Wien: Mandelbaum.
- [6] <http://basicincome2013.eu/de/index.html>.
- [7] <http://basicincome-europe.org/ubie/unconditional-basic-income/>.
- [8] Reitter, Karl. 2016. Würde das Grundeinkommen den Sozialstaat zerstören? <http://mosaik-blog.at/das-grundeinkommen-ist-die-perspektive/>.
- [9] Behr, Dieter A. 2010. Crossing Borders. Kulturrisse 03/2010. <http://kulturrisse.at/ausgaben/032010/oppositionen/crossing-borders>.
- [10] Jacobi, Dirk und Wolfgang Strengmann-Kuhn. Hg. 2010. Wege zum Grundeinkommen: Zukunft des Sozialen. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. http://www.bildungswerk-boell.de/sites/default/files/wege_zum_grundeinkommen.pdf.
- [11] Misik, Robert. 2016. Antifa für Mutige. Du sollst der FPÖ nicht widersprechen, das könnte sie reizen. <http://derstandard.at/2000045247885/Antifa-fuer-Mutige-Du-sollst-der-FPOe-nicht-widersprechen-das>.